

Die Formulierung, mit der auf die Übertragung der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger hingewiesen wird, ist verbindlich vorgegeben.

Beim sog. **Reverse-Charge-Verfahren** (§ 13b UStG) schuldet nicht der leistende Unternehmer, sondern der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer. Führt ein Unternehmer eine Leistung aus, die unter das Reverse-Charge-Verfahren fällt, musste er bislang in seiner Rechnung auf die Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers „hinweisen“. Für diesen Hinweis kamen diverse Formulierungen infrage.

Künftig muss eine entsprechende Rechnung **zwingend die Angabe „S**teuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“ **enthalten. Die Finanzverwaltung will aber auch die Verwendung des englischen Begriffs "Reverse-Charge" akzeptieren (vgl. BMF, Schreiben (Entwurf) v. 10.12.2012, IV D 2 - S 7280/12/10002).**

Der Hinweis bei Bauleistungen sollte also lauten:

**Bauleistung nach § 13b UStG:
„S**teuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“

Gilt nur für Bauleistungen an Baudienstleistende. Baudienstleistender ist derjenige, der selbst mehr als 10% Bauleistungen erbringt.

Übersicht über Bauleistungen ist beigelegt